

**Statement zur Bilanzpressekonferenz von „Brot für die Welt“ am
30. Juni 2011 in Berlin
Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin von „Brot für die Welt“**

Es gilt das gesprochene Wort

Energiewende darf nicht auf Kosten armer Länder gehen

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich freue mich, dass Sie zu unserer Bilanzpressekonferenz gekommen sind. „Brot für die Welt“ hat im Jahr 2010 das vierbeste Spendenergebnis seiner Geschichte erzielt – dazu später mehr. Wir betrachten das als Ausdruck des Vertrauens in unsere Arbeit.

Ein Schwerpunktthema war und ist für uns der Klimawandel. Wie können wir unsere Partner weltweit dabei unterstützen, sich in der Projektarbeit den unabwendbar gewordenen veränderten klimatischen Bedingungen anzupassen - zum Beispiel in der Landwirtschaft - und sich auf vorhersehbare Katastrophen präventiv so vorzubereiten, dass die Opferzahl und die materiellen Verluste so gering wie möglich bleiben? Wie können wir die Partner im Süden darin unterstützen, die Menschen in ihren Ländern für das Problem klimaschädlichen Verhaltens zu sensibilisieren und alternative Wege aufzuzeigen?

In diesen Handlungsfeldern haben wir eine Reihe so genannter Leuchtturmprojekte entwickelt und unterstützt. Das heißt, wir gehen zu den viel zu oft vergessenen Menschen auf den Dörfern, in die Krisenherde des Klimawandels und fördern ihre Fähigkeit, den Klimawandel zu verstehen, die Auswirkungen auf ihre Lebensgrundlagen einzuschätzen und Strategien zu entwickeln und umzusetzen, wie sie unter veränderten klimatischen Bedingungen ein Leben in Würde führen können.

Im dürregeplagten äthiopischen Hochland fördern wir die Aufforstung erodierter Hänge und eine maßvollere Beweidung, in Südafrika die Stromversorgung durch erneuerbare Energien; auf den Philippinen und im vietnamesischen Mekong-Delta trainieren unsere Partner Küstengemeinden, sich besser gegen die immer häufiger werdenden Wirbelstürme zu schützen, in Indonesien unterstützen wir Erosionsschutzmaßnahmen, propagieren salztolerante Reissorten und die Schulung von Bauern in sogenannten „Climate Field Schools“.

Auf abgelegenen Atollen in Papua Neuguinea schließlich unterstützen wir den Ältestenrat darin, seine Clans auf die Umsiedlung vorzubereiten, die aufgrund des Meeresspiegelanstiegs unausweichlich geworden ist. Als letztes möchte ich schließlich ein Beispiel aus Indien erwähnen, wo wir die Erstellung eines armutsorientierten „Low Carbon Action Plan“ fördern: welche Maßnahmen sind bis 2050 erforderlich, um dieses riesige Land auf einen Entwicklungspfad zu bringen, der einerseits Armut überwindet, andererseits aber auch die globale Erwärmung nicht weiter anfeuert.

Uns hat aber auch die Frage beschäftigt: Wie können wir die eigene Regierung und die eigene Gesellschaft auf ihre Handlungsmöglichkeiten und Verantwortung hinweisen, die Weichen in Richtung Zukunftsfähigkeit und für mehr Klimagerechtigkeit weltweit zu stellen? Im Verbund mit anderen kirchlichen Akteuren haben wir vor kurzem die Klima-Kollekte gegründet, eine gemeinnützige Gesellschaft, die die freiwillige Kompensation unvermeidbarer CO₂-Emissionen - etwa von Großveranstaltungen wie dem Kirchentag - durch zertifizierte Klimaschutzprojekte in den Ländern des Südens bzw. in Osteuropa fördert. Damit wollen wir das Thema Klimaschutz in den Kirchen und diakonischen Einrichtungen propagieren.

Gegenüber der Bundesregierung und den Fraktionen setzen wir uns für die Belange der Armen in Entwicklungsländern bei Fragen der internationalen Klimapolitik ein. Das sind Themen wie Klimaschutz und Menschenrechte, Klimaanpassung, Katastrophenprävention, klimabedingte Migration und die Förderung einer klimaverträglichen Landwirtschaft, die leider noch immer nicht das Gewicht haben, das ihnen zusteht. Hier ermöglichen wir den Fachpolitikern im Bundestag, mit unseren Partnern ins Gespräch zu kommen, erstellen Studien – etwa zur deutschen Klimafinanzierung – und kommentieren Gesetzesvorhaben.

Und mit Blick auf Letzteres, nämlich die Wahrnehmung der nationalen und internationalen klimapolitischen Verantwortung der Bundesregierung, möchten wir zunächst einmal den Hut ziehen, meine Damen und Herren. Dass unsere Regierung in weniger als vier Monaten den Ausstieg aus der Atomenergie vollzieht und gleichzeitig den politischen Rahmen schafft, um eine zügige Transformation unserer Energieversorgung in Richtung erneuerbare zu vollziehen, so dass dieser Ausstieg nicht auf Kosten der Bekämpfung des Klimawandels geht, ist so unerwartet, wie hoch aner kennenswert.

Wir hoffen, dass der Atomausstieg konsequent nicht mit Kohle kompensiert wird. Das würde die Klimaziele in Frage stellen. Auch in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit müssen wir auf Low Carbon-Strategien setzen. Die jüngsten Prognosen, dass die CO₂-Emissionen nicht

zuletzt durch die Kohlenutzung steigen werden, ist ein äußerst bedenkliches Signal. Wenn es gelingt, einen breiten gesellschaftlichen Konsens über diese Schritte in Richtung Zukunftsfähigkeit herbeizuführen und jahrzehntelange Konflikte zu befrieden, wäre dies nicht nur außerordentlich begrüßenswert, es zeugte auch von einer Gestaltungsfähigkeit, die die Bevölkerung der Politik kaum noch zutraut.

Meine Damen und Herren – wir haben zweifelsohne viel erreicht in den zurückliegenden Wochen und Monaten. Ich sage hier bewusst „wir“, denn die Energiewende ist nicht nur ein Verdienst der gegenwärtigen und der vorangegangenen Regierung. Sie ist auch und gerade ein Verdienst der Zivilgesellschaft und der Kirchen, deren Ruf nach Veränderung und Zukunftsverantwortung – der lange vor Fukushima einsetzte – für die Energiewende überhaupt erst den Boden und die hohe gesellschaftliche Akzeptanz im Land bereitet hat.

Die große internationale Beachtung und den Respekt, die die deutsche Energiewende erfahren haben, deutet auf ein Potential, international als glaubwürdiger Vorreiter zu fungieren. Deutschland hat jetzt mehr denn je die Chance, sich zum Schrittmacher für alternative, zukunftsfähige Konzepte der Energiegewinnung und -nutzung zu machen, dem andere Länder folgen werden.

Wenn die Zukunft Deutschlands in den klimafreundlichen und potentiell unerschöpflichen erneuerbaren Energien liegt, warum sollte das dann nicht auch für andere Länder gelten? Inklusive der Länder, die im Zuge eigener wirtschaftlicher Entwicklung besonders energiehungrig sind und nach neuen Quellen und Nutzungsmöglichkeiten von Energie suchen. Und inklusive der Länder, die über eine völlig unzureichende oder überhaupt keine moderne Energieversorgung verfügen. Damit wäre die Dividende der energiepolitischen Wende der Bundesregierung potentiell erheblich höher.

Aber gerade hier, meine Damen und Herren, setzt auch eine Sorge von uns ein: Will die Bundesregierung diese Dividende einfahren? Will sie das eigene Modell verbreiten helfen – als Antimodell zum bisherigen ‚Vorbild‘ einer Wirtschaftsentwicklung mit hoher Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, um auch die ärmeren Länder mit auf den klimafreundlichen Weg zu nehmen und sie dabei zu unterstützen? Will sie neben der nationalen auch ihre globale Verantwortung für eine zukunftsfähige Energieversorgung wahrnehmen?

Der Systemwechsel in der Energieversorgung, der in diesen Tagen beschlossen wird, ist ja nicht zum Nulltarif zu haben, wenn er gelingen soll. Wer bezahlt also und wie werden die Lasten verteilt werden?

Meine Damen und Herren, und hier besteht aller Anlass zur Sorge, dass am Ende vor allem die Armen in den Ländern des Südens für unsere Energiewende bezahlen werden, statt davon für ihren eigenen Weg zu profitieren. Als christliches Hilfswerk, das in Deutschland Stimme und Gewissen der Menschen im globalen Süden ist, müssen wir dazu Widerspruch anmelden. Und wir tun es, weil auch die internationale Glaubwürdigkeit und der Modellcharakter der Energiewende schweren Schaden nehmen würden. Wovon ist die Rede?

Lassen Sie mich die Sachlage und unsere Kritik kurz erläutern. Zum Gesetzespaket der Energiewende zählt ein Gesetzesentwurf der Bundesregierung. Er soll das erst im Herbst 2010 per Gesetz beschlossene, so genannte Sondervermögen **„Energie- und Klimafonds“** in wesentlichen Teilen ändern. Dieses Sondervermögen soll den bisherigen Plänen nach künftig aus den Erlösen des CO₂-Emissionshandels gespeist werden. Es wäre unter anderem eine verlässliche und verursachergerechte Finanzierungsgrundlage für Maßnahmen des Klimaschutzes sowie einer nachhaltigen Energieerzeugung weltweit.

Eingerichtet wurde dieser Klimafonds mit der erklärten Maßgabe, daraus einen wesentlichen Beitrag des deutschen Anteils für Klimaschutz und Klimaanpassung in Entwicklungsländern zu erbringen, den die Bundesregierung bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen und Cancún zugesagt hat. Die Industrieländer haben bei diesen internationalen Verhandlungen zugesagt, bis 2020 100 Mrd. USD jährlich für diesen Zweck zu erbringen. Der deutsche Anteil hieran müsste bis 2020 auf 5 bis 7 Mrd. Euro anwachsen.. Aus dem Sondervermögen waren zunächst etwa 1 Mrd. jährlich für die internationale Klimafinanzierung vorgesehen.

Mit der Energiewende – und den damit verbundenen Kosten – hat sich das Bild nun aber geändert: So plant die Koalition nach dem heute zur Abstimmung stehenden Gesetzesentwurf, der am Montag noch im Haushaltsausschuss beraten wurde, aus dem Fonds auch Ausgleichszahlungen an energieintensive Unternehmen sowie Forschungsprogramme für Elektromobilität zu bestreiten. Hinzu kommen noch Maßnahmen zur Gebäudesanierung, die für sich allein genommen locker den Fonds sprengen könnten.

Zu gut Deutsch: das Sondervermögen wird dermaßen überbucht mit den Kosten der nationalen Energiewende, dass die große Gefahr besteht, am Ende des Tages nicht mehr über die

zugesagten Mittel für den internationalen Klimaschutz zu verfügen Denn wie gesagt: aus dem Sondervermögen müsste mindestens eine Milliarde Euro für die internationale Klimafinanzierung fließen.

Diese Rechnung wäre so simpel wie fatal. Die nationale Energiewende, auf die sich der Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gegenwärtig richtet, wird mit den Mitteln bezahlt, die dem weltweiten Klimaschutz zu einem Zeitpunkt zugesagt wurden, als dieser im Fokus der internationalen Öffentlichkeit stand – Stichwort Kopenhagen! Wir appellieren daher nochmals dringend an die Bundesregierung, hier keine Mittelumwidmung oder Doppelbuchungen vorzunehmen, sondern im Gesetz festzuschreiben, dass mindestens 30 Prozent - perspektivisch bis zu 50 Prozent - des Sondervermögens für die internationale Klimafinanzierung gebunden sind.

Meine Damen und Herren, nach Informationen, die wir heute Morgen erhalten haben, die sich aber noch nicht haben verlässlich bestätigen lassen, zeichnet sich ab, dass die Bundesregierung zwar nicht die erforderliche Milliarde, wohl aber 650 Mio € der Mittel im Sondervermögen für den internationalen Klimaschutz vorhalten möchte. Wenn sich dies bestätigt, dann wäre das zumindest ein erster Teilerfolg der intensiven Überzeugungsarbeit der letzten Wochen. Gleichwohl ist eine feste Zweckbindung von Finanzmitteln aus dem Fonds für den internationalen Klimaschutz weiterhin nicht Bestandteil der Gesetzesvorlage. Damit fehlt die Planungssicherheit und die Verlässlichkeit, die erst das Vertrauen schafft, das wir in der festgefahrenen internationalen Klimapolitik so dringend brauchen. Und wir laufen in das Risiko, jedes Jahr erneut um die internationale Klimafinanzierung feilschen und bangen zu müssen. Die Kosten der Energiewende werden auch noch in ganz anderer Form den Armen in den Ländern des Südens aufgebürdet, wenn wir nicht immer wieder dagegen vorgehen. So wird immer deutlicher, dass der Run auf agrarische Rohstoffe – etwa zur Deckung des global rapide steigenden Bedarfs an Agroenergie und Agrokraftstoffen – derzeit zu einer neuerlichen und vielfach spekulativ getriebenen Preisspirale auf den Weltagrarmärkten führt, die die Anzahl der Hungernden voraussichtlich bald wieder über die Marke von 1 Mrd. Menschen treiben wird.

Ich nenne hier einen konkreten Fall aus Sierra Leone – einem der ärmsten Länder der Welt. Dort hat das Schweizer Unternehmen Addax 57.000 ha Land gepachtet. Auf 12.000 ha soll Zuckerrohr angebaut werden für Bioethanol, das in der EU zur Erfüllung der Biospritquote dem neuen E10-Kraftstoff beigemischt wird. Eine Studie weist nach, dass Addax Kleinbauern in die Not treibt, weil versprochene Kompensationsleistungen nicht erbracht wurden und Menschenrechte gefährdet werden. Das ist nicht nachhaltig, sondern menschenverachtend.

Auch in Mosambik erhalten ausländische Investoren fruchtbares Land zum Zuckerrohranbau.

Meine Damen und Herren, ich würde mir von der deutschen Politik wünschen, dass sie dieselbe Entschlusskraft und Handlungsfähigkeit, die sie derzeit bei der nationalen Energiewende an den Tag legt, auch im internationalen Bereich walten lassen würde. Dazu zählt im Lichte der gegenwärtigen Haushaltsverhandlungen auch die Frage, ob sich der bemerkenswerte fraktionsübergreifende Aufruf von inzwischen 365 Abgeordneten, im Bundeshaushalt 2012 mindestens 1,2 Mrd. Euro mehr für die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe bereitzustellen, um dem 0,7 Prozent-Ziel endlich näher zu kommen, im Haushaltsentwurf 2012 niederschlägt, den das Kabinett nächste Woche, am 6. Juli, beschließen wird.

„Brot für die Welt“ erzielte 2010 ein Rekord-Spendenergebnis mit 62,1 Millionen Euro an Spenden und konnte damit ein Rekordergebnis verbuchen. Es ist insgesamt das viertbeste Jahresergebnis nach 84/85 und 92/93. Damit wurde das Ergebnis von 2009 um 13,5 Prozent gesteigert. Als Direktorin danke ich unseren Spenderinnen und Spendern. 2010 haben sie sehr große Hilfsbereitschaft bewiesen. So können wir auch in schweren Zeiten solidarisch mit den Schwächsten handeln. Von den Spendengeldern flossen rund 49 Mio. in 1.020 Projekte weltweit. Der Hauptanteil ging nach Afrika, wo vor allem Ernährungs-, aber auch Friedensprojekte gefördert werden.

Vielen Dank!